

18. Dezember 2009

PRESSEMITTEILUNG

„FINANCIAL STABILITY REVIEW“ DEZEMBER 2009

Die seit Ende vergangenen Jahres von Zentralbanken und Regierungen eingeleiteten außerordentlichen Korrekturmaßnahmen haben das Vertrauen in die Finanzsysteme weltweit wiederhergestellt und deren Widerstandsfähigkeit verbessert. Die Maßnahmen zur Stützung des Finanzsystems zielen auf die Behebung der Refinanzierungsprobleme wichtiger Finanzinstitute und haben deren Eigenkapitalpositionen gestärkt. Zusammen mit den umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogrammen setzten sie einen sich gegenseitig verstärkenden Prozess zwischen der Entwicklung des Finanzsystems und der Realwirtschaft in Gang, der zur Verbesserung der Konjunkturaussichten beitrug. Ferner nahmen infolge der Stützungsmaßnahmen die systemischen Risiken ab.

Ursächlich für das verringerte systemische Risiko war insbesondere das nachlassende Risiko selten auftretender extremer Ereignisse, das in erster Linie auf die Maßnahmen der Regierungen gegen eine Bilanzverschlechterung der Finanzinstitute zurückzuführen war. Die wieder gestiegene Risikobereitschaft infolge des geringeren Systemrisikos trug zu der seit März 2009 zu beobachtenden bemerkenswerten Wende an den Finanzmärkten bei und stützte die Handelserträge großer und komplexer Bankengruppen. Viele dieser Institute profitierten zudem von dem durch die sehr steilen Zinsstrukturkurven bedingten deutlichen Anstieg ihrer Nettozinserträge. Durch die günstigeren Finanzierungsbedingungen konnten viele große und komplexe Bankengruppen ihre Ertragslage so stark verbessern, dass sie beträchtliche Abschreibungen auf Wertpapiere und Buchkredite auffangen konnten, während sie gleichzeitig in drei aufeinanderfolgenden Quartalen im Schnitt erhebliche Rentabilitätssteigerungen verzeichneten. Einige dieser Bankengruppen konnten sogar das von den Regierungen bereitgestellte Kapital zurückzahlen und somit aus dem staatlichen Stützungsprogramm aussteigen.

Trotz der Erholung an den Finanzmärkten und der verbesserten Finanzkraft großer und komplexer Bankengruppen im Euro-Währungsgebiet besteht bei der Beurteilung der Aussichten für die Finanzstabilität im Euroraum aus mehreren Gründen Anlass zur Vorsicht. Zu den größten Risiken, die außerhalb des hiesigen Finanzsystems auszumachen sind, zählen

- Schwachstellen in den Bilanzen nichtfinanzieller Unternehmen aufgrund eines hohen Fremdkapitalanteils, einer schlechten Ertragsentwicklung und restriktiver Finanzierungsbedingungen,
- höher als erwartet ausfallende Kreditausfälle im Sektor der privaten Haushalte, falls die Arbeitslosigkeit stärker als angenommen steigt,
- die sprunghafte Zunahme der Staatsverschuldung, die Bedenken hinsichtlich der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen hervorruft, sowie die Verdrängung privater Investitionen und
- eine negative Rückkopplung zwischen dem Finanzsektor und den öffentlichen Finanzen infolge der Stützungsmaßnahmen für das Finanzsystem, fiskalischer Impulse und der schwachen Konjunktur.

Innerhalb des Finanzsystems des Euroraums zählen zu den wesentlichen Risiken

- erneute Spannungen an den Finanzmärkten und eine sich als nicht dauerhaft erweisende Verbesserung der Ertragslage der Banken,
- Anfälligkeiten der Finanzinstitute aufgrund ihrer Kreditkonzentrationen auf den Märkten für Gewerbeimmobilien und in mittel- und osteuropäischen Ländern und
- ein Rückschlag für die Finanzmärkte und deren jüngste Erholung, falls die gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse den optimistischen Erwartungen nicht gerecht werden.

Alles in allem ist angesichts der Herausforderungen, mit denen der Bankensektor des Euroraums in nächster Zeit konfrontiert sein wird, Vorsicht geboten, um den richtigen Zeitpunkt für den Ausstieg aus dem staatlichen Stützungsprogramm zu finden. Insbesondere müssen die Regierungen bei ihren Entscheidungen die Risiken eines zu frühen bzw. zu späten Ausstiegs sorgfältig gegeneinander abwägen. Ein Ausstieg, bevor die zugrunde liegende Stärke wichtiger Finanzinstitute ausreichend gefestigt ist, birgt das Risiko der Störungsanfälligkeit einiger Finanzinstitute. Dies könnte möglicherweise sogar erneut Druck auf das Finanzsystem ausüben. Ein später Ausstieg birgt andererseits

möglicherweise die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen, Moral-Hazard-Problemen in Verbindung mit den Stützungsmaßnahmen – einschließlich der Möglichkeit des Eingehens überhöhter Risiken – sowie einer Verstärkung der Risiken für die öffentlichen Finanzen.

Um die anstehenden Risiken abfedern zu können, müssen die Banken besonders darauf achten, dass sie über angemessene Eigenkapital- und Liquiditätspuffer verfügen. Wenn es die Umstände erfordern, müssen sich einige Banken eventuell neues, qualitativ hochwertiges Eigenkapital beschaffen. Ferner müssen manche Institute, vor allem jene, die staatliche Unterstützung erhalten haben, möglicherweise grundlegende Umstrukturierungen vornehmen, um ihre Funktionsfähigkeit langfristig, d. h. auch wenn ihnen keine Unterstützung mehr zur Verfügung steht, sicherzustellen. Dies könnte durch eine Bilanzverkleinerung erreicht werden, indem unrentable Geschäftsfelder zur Verbesserung der Ertragsstärke aufgegeben werden. Zugleich sollten die Banken die jüngste Erholung ihrer Ertragslage in vollem Umfang nutzen, um ihre Eigenkapitalpositionen zu stärken, sodass die erforderliche Umstrukturierung der Geschäftsfelder und die Verbesserung der Schockresistenz die Kreditvergabe an die Wirtschaft nicht wesentlich beeinträchtigen.

Weitere Angaben zum „Financial Stability Review“ vom Dezember 2009 finden sich unter

<http://www.ecb.europa.eu/pub/fsr/html/index.en.html>

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.